

## Probleme mit Korruption, Justiz und Pressefreiheit – trotzdem bereit für die EU?

Stand: 28.09.2022 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Mandoline Rutkowski**  
Redakteurin im Ressort Außenpolitik



Will mit Albanien in die EU: Premier Edi Rama

Quelle: Dursun Aydemir/Anadolu Agency/picture alliance; Montage: Infografik WELT

Russlands Krieg gegen die Ukraine lässt Europa zusammenrücken. Neue Mitglieder sollen die EU stärken und ein Bollwerk gegen Moskau bilden. Aber die Probleme auf dem Balkan sind noch immer enorm, wie ein Besuch in Albanien zeigt. Manche Maßnahmen führen zu absurden Ergebnissen.

Es war ein entschlossener Griff, mit dem die Regierungschefs Albaniens und Nordmazedoniens die Hand von Ursula von der Leyen packten. Fast so, als würden sie befürchten, die EU-Kommissionspräsidentin könnte es sich noch einmal anders überlegen und sich aus dem Handschlag und damit aus einem Versprechen lösen, das die Europäische Union den Staatsmännern Edi Rama und Dimitar Kovacevski zuvor gegeben hatte.

Die Szene entstand am 19. Juli – dem Tag des offiziellen Verhandlungsbeginns für den EU-

[Beitritt der beiden Länder \(/politik/ausland/article239956557/Deal-mit-Bulgarien-Nordmazedonien-nimmt-Huerde-fuer-EU-Beitritt.html\)](/politik/ausland/article239956557/Deal-mit-Bulgarien-Nordmazedonien-nimmt-Huerde-fuer-EU-Beitritt.html). Mit der Verkündung stehen die beiden Staaten nun offiziell an der Spitze der Westbalkan-Länder im EU-Erweiterungsprozess.

Bilder der Einigkeit kommen Brüssel derzeit wie gerufen. Denn der Ukraine-Krieg an den Toren Europas hat westlichen Bündnissen einen Renaissance-Moment beschert. Es herrscht Konsens darüber, dass der Westen näher zusammenrücken muss, um dem russischen Aggressor Wladimir Putin die Stirn zu bieten. Nicht zuletzt deshalb erhielten die Ukraine und Moldau im Juni den Status des EU-Beitrittskandidaten.



**Herzlich Willkommen, Sie sind nun WELTplus-Abonnent!**

**ENTDECKEN SIE WELTPLUS**

Auch der Westbalkan ist für die EU strategisch entscheidend, da er die Landbrücke zwischen der Nato-Südostflanke und Zentraleuropa bildet. Doch es zeichnet sich ab, dass der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan trotz gegenwärtigem Momentum noch einige Herausforderungen im Weg stehen. Das zeigt sich in Albanien.

Albanien feierte den Meilenstein nach fast drei Jahrzehnten: Im Jahr 2003 hatte Tirana seine Bewerbung um die Mitgliedschaft eingereicht. An den Tagen nach der Verkündung zierte eine überlebensgroße EU-Flagge das Regierungsgebäude am Skanderberg-Platz in Tirana.

Die EU-Affinität ist in dem 2,8-Millionen-Einwohnerland hoch. Laut dem [Balkan Public Barometer](https://www.rcc.int/balkanbarometer/results/2/public) (<https://www.rcc.int/balkanbarometer/results/2/public>) bewerten 89 Prozent der Albaner den Beitritt zur EU als positiv. In Gesprächen mit Einheimischen wird die Nähe zur EU beteuert, europäische Geschäfte spicken das Stadtbild in Tirana, der Euro ist zumindest inoffiziell die zweite Landeswährung.

## **Auf Abstand zu China**

Die Beziehung Tiranas zur EU ist eng. Seit Jahren bemüht sich das Land, das sich 1991 aus

dem Kommunismus befreite und sich der Demokratie und westlichen Werten verschrieb, außenpolitisch um einen Schulterschluss mit Brüssel.

Im Ukraine-Krieg trägt Tirana die EU-Sanktionen gegen Russland vorbehaltlos mit. Auch von Investitionen aus China, mit denen Peking seinen Einfluss in der Region (</politik/ausland/article240531569/Initiative-17-1-Mit-der-russischen-Bedrohung-waechst-in-Osteuropa-die-Angst-vor-China.html>) stärken will, nimmt Tirana im Gegensatz zu anderen Ländern im Westbalkan Abstand.

In den vergangenen Jahren haben eine Justizreform, die Einführung der sogenannten Speziellen Anti-Korruptions-Struktur (SPAK) als unabhängige Sonderstaatsanwaltschaft, die Bemühungen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Drogenhandel durch stärkere Kontrollen den Prozess vorangetrieben.

„Wir haben erstaunliche Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit und beim Kampf gegen Korruption erzielt“, sagt Christiane Hohmann, EU-Botschafterin der Delegation in Albanien. Zum Gespräch mit WELT empfängt sie in ihrem Büro mit Panorama-Blick über die Hauptstadt. „Doch unsere Arbeit ist noch lange nicht abgeschlossen, hier liegt weiterhin eine Riesenaufgabe vor uns.“

Tatsächlich ist Korruption ein Wunde Albaniens, die nur sehr schwer zu heilen vermag. Das Land belegt auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International Platz 110 von 180. Wie schwerwiegend das Problem ist, weiß Aranita Brahaj, Leiterin des Albanian Institute of Science/Open Data Albania (AIS).

„Korruption ist ein immenses Problem in Albanien“, sagt die Expertin für Daten-Analyse mit einem Schwerpunkt auf Transparenz, Kontrolle und Anti-Korruption im Gespräch mit WELT. „Es ist nicht nur in den obersten politischen Riegen, sondern auch im Alltag eines jeden Bürgers vertreten – sei es ein Arztbesuch oder die Auswahl der Grundschule.“

Albanien sei nicht in der Lage, die gerichtliche, verfassungsmäßige und parlamentarische Kontrolle über die Regierung auszuüben, sagte Brahaj. De facto habe Premier Rama deshalb

freie Hand.

Die Liste der Skandale um Rama bekräftigen diese Aussage. Dem Chef der Sozialistischen Partei (PS), der sich im Wahlkampf einst selbst den Kampf gegen Korruption auf die Fahnen schrieb, wird vorgeworfen, Beziehungen zur Mafia (<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/albanien-die-verbindungen-der-parteien-mit-der-mafia-sind-real/>) zu unterhalten.

Auch in seinem Dunstkreis der Macht mehren sich die Skandale. Zuletzt wurde der PS-Politiker Alqi Bllako Ende April festgenommen, weil er in einen 430-Millionen-Euro-Korruptionsskandal verwickelt sein soll. Die Opposition wirft Rama vor, der Kopf hinter den kriminellen Machenschaften gewesen zu sein.

Tatsächlich hat die Regierung bereits Bemühungen unternommen, um die Korruption im Land unter Kontrolle zu bringen. Im Jahr 2016 verabschiedete sie auf Drängen der EU eine Justizreform, die eine intensive Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf fachliche Eignung, das Vermögen und ihre Integrität nach sich zog.

Nach Angaben des „Albania Reports 2021“ der EU-Kommission endeten seither 62 Prozent der Überprüfungsverfahren in einer Amtsenthebung oder Kündigung. In Brüssel wurde die Reform positiv bewertet, auch EU-Botschafterin Hohmann nennt das Überprüfungsverfahren eine „erfolgreiche Maßnahme, die es so in der Region noch nicht gegeben hat“.

Korruptionsexpertin Brahaj ist da anderer Meinung. Die Kontrollen seien „gut gemeint, aber schlecht geplant“ gewesen: Der Oberste Gerichtshof und das Verfassungsgericht seien jahrelang nicht voll besetzt und de facto handlungsunfähig gewesen. Eine fehlerhafte Justiz habe es der Regierung ermöglicht, „korrupte Gesetze“ zu verabschieden.

## **Bei Pressefreiheit ganz weit hinten**

Ein Bereich, der von Brüssel für das Fortschreiten des EU-Beitrittsprozesses genau unter die Lupe genommen wird und EU-Botschafterin Hohmann Sorgen bereitet, ist die Pressefreiheit

im Land: „Das Verständnis von Presse als einem Korrektiv ist in Albanien entwicklungsbedürftig.“ Albanien belegt auf der Rangliste von Reporter ohne Grenzen Platz 103 von 180 Ländern.

Die Rundfunkmedien sind zum größten Teil in der Hand einiger reicher Unternehmer mit Beziehungen in die Politik. [Premier Rama \(/politik/ausland/plus238199807/Albaniens-Regierungschef-Die-EU-ist-wie-ein-Mensch-der-mit-offenem-Magen-herumlaeuft.html\)](/politik/ausland/plus238199807/Albaniens-Regierungschef-Die-EU-ist-wie-ein-Mensch-der-mit-offenem-Magen-herumlaeuft.html) erregte zuletzt Aufsehen, weil er Journalisten nach kritischen Fragen mit „Umerziehung“ drohte und sie von Pressekonferenzen ausschloss. „Wir erwarten von allen Politikern einen respektvollen Umgang mit Journalisten“, sagt Hohmann.

Bis Albanien dem europäischen Bündnis beitreten kann, hat der Kandidat also noch einen weiten Weg vor sich. Für Sokol Dedja, den Chef für politische Angelegenheiten im Außenministerium, bedarf es aber nicht nur vonseiten Tiranas einer Kraftanstrengung. „Angesichts des Krieges in Europa und der Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau muss die EU nun glaubwürdig zeigen, dass die Versprechungen an die Beitrittskandidaten und die EU-Erweiterung ernst gemeint sind.“

Sprich: Die EU muss gegenüber Russland beweisen, dass die Einigkeit der europäischen Länder über Terminologie hinausgeht, auch als Zeichen der Abschreckung. Die Länder im Westbalkan (</politik/deutschland/article239544721/Erweiterung-des-Laenderbundes-Scholz-will-EU-Beitritt-aller-Westbalkan-Staaten.html>) haben seiner Einschätzung nach Vorrang, dem Bündnis beizutreten, da sie „bei den Vorbereitungen am meisten fortgeschritten“ seien.

EU-Botschafterin Hohmann unterstreicht hingegen, dass dem Krieg in der Ukraine „kein Automatismus der EU-Erweiterung“ folge. „Jedes Land wird weiterhin individuell betrachtet. Das geostrategische Argument darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Länder natürlich auch die Anforderungen erfüllen müssen, um der EU beizutreten.“

Tirana müsse jetzt beweisen, dass das Vertrauen der Mitgliedstaaten berechtigt ist, so Hohmann. „Auf Albanien kommt jetzt ein Marathon zu.“

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241290177>